

Antworten von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf die Fragen des Caritasverbandes für das Bistum Magdeburg e.V., des Familienbundes im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt e.V., der Katholischen Arbeitnehmerbewegung im Bistum Magdeburg, der Katholischen Elternschaft im Bistum Magdeburg und der Katholischen Erwachsenenbildung für das Land Sachsen-Anhalt e.V. anlässlich der Landtagswahl 2011

Bitte beantworten Sie folgende Fragen:

Themenbereich Bildung

Eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hat gute Bildungschancen in allen Lebensphasen zur Voraussetzung. Von der frühkindlichen Bildung über die Schule, die Berufsausbildung und das Studium über die Bildung im Erwachsenenalter bis zur Seniorenbildung gilt es, eine lebensbegleitende Bildung zu ermöglichen und zu stärken.

Fragen

1. Entspricht das KiföG ihrer Auffassung dem Grundsatz der bildungspolitischen Teilhabe und welchen Veränderungsbedarf sehen Sie ggf.?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen Kinderkrippen sowie Kindergärten als Bildungseinrichtungen und führen sowohl ein verbindliches Vorschuljahr als auch eine angemessene Aus- und Fortbildung der Beschäftigten ein.

Der positive Bildungseffekt des Krippenbesuchs ist belegt. Insbesondere kann der Krippenbesuch die Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen verbessern. Deshalb wollen wir die politische Verantwortung für Krippen und Kindergärten in das Bildungsressort legen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen für alle Kinder einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung in einer Kindertagesstätte. Die Öffnungszeiten sollen sich den

individuellen familiären Situationen flexibel anpassen. Den im Bundesvergleich überdurchschnittlichen Gruppengrößen muss mit mehr Personal entgegengewirkt werden. Dabei werden für Kinder unter drei Jahren Gruppengrößen von drei Kindern und für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren von sieben bis acht Kindern als angemessen betrachtet. Die Gebühren sind sozial zu staffeln.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN richten neben ausreichend Krippen- und Kindergartenplätzen ein verbindliches kostenfreies Vorschuljahr für alle Kinder ein. Für einen guten Start in die Schule müssen sprachliche Defizite möglichst früh erkannt und behoben werden.

Das Ausbildungsniveau der Erzieherinnen und Erzieher muss langfristig steigen. Dazu sollen Studiengänge an den Hochschulen eingerichtet werden. *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* streben eine Offensive für Ausbildung und Nachqualifizierung in der Frühpädagogik und eine entsprechende Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher an. Zwanzig Prozent der FrühpädagogInnen sollten über einen Hochschulabschluss haben.

2. Wie werden Sie die Bildungschancen an Schulen für alle Kinder und Jugendliche, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, verbessern? Wie wollen Sie zukünftig die Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt erhalten

Gerechte Bildungschancen wollen wir durch die bestmögliche individuelle Förderung für jedes Kind erreichen. Hier ist vor allem eine verbesserte Lehrerbildung erforderlich, die Lehrkräfte darin schult, sich an den Stärken der Kinder zu orientieren. Weiterhin muss die Möglichkeit einer integrativen Gemeinschaftsschule bestehen, wenn sie vor Ort gewünscht werden. Auch Ganztagschulangebote müssen stärker ausgebaut werden, die durch ihr ganzheitliches Angebot eine bessere individuelle Förderung der SchülerInnen ermöglichen und ein vielfältige Auswahl an erweiterten Bildungsangeboten anbieten können. Als maßgeblicher Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit halten wir die Ganztagschule für unerlässlich.

Für SchülerInnen aus einkommensschwachen Familien sollen die Kosten für Mittagessen sowie für Schulmaterialien, die Fahrt zur Schule und für Klassenreisen übernommen werden.

Wir Grünen sehen in der Schulsozialarbeit einen wichtigen Baustein für eine kind- und jugendgerechte Schule, die sich nicht allein auf die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen beschränkt. SchulsozialarbeiterInnen sind wichtige Ansprechpartner vor Ort und können so Probleme der SchülerInnen aufgreifen und abfedern. Daher halten wir es für erforderlich, dass mittel- bis langfristig jede weiterführende Schule über ein Angebot von Schulsozialarbeit verfügen sollte.

3. Wie sehen Sie die Rolle von Eltern im Bildungsprozess und was werden Sie tun, um Eltern- und Familienbildung zu stärken?

Wir wollen die Eltern nicht aus der Verantwortung um die Erziehung der eigenen Kinder entlassen und es ist auch völlig unstrittig, dass die überwiegende Mehrheit der Eltern willens und in der Lage ist, gut und liebevoll für ihre Kinder zu sorgen und zu erziehen. Dennoch lässt sich mit Angeboten zur Eltern- und Familienbildung Erziehungskompetenzen erhöhen und so einen Beitrag für eine gesunde und glückliche Kindheit leisten. Wir Grünen räumen ihr deshalb einen hohen Stellenwert ein.

Ein ausreichendes und gutes Familienbildungsangebot ist ein wichtiges Instrument zur Verhinderung von Kindesvernachlässigung und -misshandlung. Sie kann Eltern nötige Kompetenzen vermitteln, die es ihnen erlauben, anstatt mit Überforderung zu reagieren, besser mit Alltags- und Krisensituationen umzugehen.

Schwierigkeiten sehen wir allerdings darin, Eltern tatsächlich mit Familienbildungsangeboten zu erreichen. Oft genug passiert es, dass Bildungsangebote gerade diejenigen Eltern nicht in Anspruch nehmen, die sie am dringendsten brauchen. Hier müssen verstärkt niedrigschwellige Angebote wie Mütter- oder Stadtteilzentren, in denen Eltern zusammenkommen und in denen sich so Hilfsangebote besser vermitteln lassen. Damit solche Angebote nachhaltig wirksam sind, bedarf es hier einer kontinuierlichen Förderung und ausreichend geschulten pädagogischem Personal.

4. Wie werden Sie die allgemeine Erwachsenenbildung im Rahmen des Erwachsenenbildungsgesetzes stärken?

Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind im Rahmen eines lebenslangen Lernens für die Zukunftsfähigkeit der Region von entscheidender Bedeutung. Sie fördert die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und stärkt, z.B. durch den Bereich der politischen Bildung außerdem auch die demokratische Partizipationsrechte. Die notwendige Zahl von Einrichtungen muss institutionell abgesichert werden, um weiterhin bezahlbare Bildungsangebote in der Region anbieten zu können. Weiterhin wollen wir die berufliche Freistellung von ArbeitnehmerInnen für die Wahrnehmung von Bildungsangeboten erleichtern, etwa durch eine gesetzlich gewährte Berufsfreistellung von 5 Tagen jährlich.

Themenbereich „Arbeitsmarkt/Existenzminimum“

Aus christlicher Sicht ist das Menschenrecht auf Arbeit unmittelbarer Ausdruck der Menschenwürde. Dies verpflichtet alle gesellschaftlichen Kräfte zu den größtmöglichen Anstrengungen um die Beteiligung an der Erwerbstätigkeit zu gewährleisten.

Fragen

1. Wie sollen aus Ihrer Sicht Beteiligungsangebote für nicht vermittelbare Männer und Frauen aussehen?

Trotz aller Bemühungen um den Ersten Arbeitsmarkt wird es auch weiterhin nötig sein, Beschäftigung im zweiten Sektor anzubieten. Hier werden sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt dafür einsetzen, dass dauerhafte und sozialversicherungspflichtige Stellen angeboten werden. Damit können Vereine und Initiativen in Sachsen-Anhalt so gestärkt werden, dass sie mittels Beschäftigungsmaßnahmen in der Lage sind, ihre Aufgaben in den Bereichen Umwelt, Kultur, Sport und Soziales zu erfüllen. Diese Beschäftigungsverhältnisse sollen nach dem Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst vergütet werden, damit die Menschen auch von ihrer Arbeit leben können.

2. Wie stehen Sie zur Frage eines Mindestlohns und wie hoch sollte ein Mindestlohn sein, um einen ausreichenden Abstand zwischen Arbeitseinkommen und Transferleistungen zu gewährleisten?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro, um einer Armut trotz Arbeit und Lohndumping gezielt entgegenzuwirken. In Branchen und Regionen, in denen die Löhne deutlich höher liegen, sind zusätzlich branchen- und regionalspezifische Mindestlöhne notwendig

3. Sind Sie der Auffassung, dass durch die Transferleistungen im Rahmen von Hartz IV eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet ist?

Grundsätzlich treten *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* dafür ein, dass jeder gleichberechtigt und unabhängig von seinem Einkommen einen gleichen Zugang zum soziokulturellen Leben der Gesellschaft hat.

Hierfür sind die derzeitigen Hartz IV-Regelsätze deutlich zu niedrig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren daher für eine Anhebung auf 420€. Perspektivisch soll Hartz IV aus unserer Sicht zu einer Grundsicherung weiterentwickelt werden.

Themenbereich „Umwelt“

Die Bewahrung der Schöpfung beinhaltet auch die Erhaltung und Schaffung von gesunden Lebensbedingung und Erholungsräumen für die Menschen.

Fragen

1. Welche Prioritäten setzt Ihre Partei bei der wirtschaftlichen Erschließung unseres Bundeslandes?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die bereits erschlossenen Gewerbegebiete für mehr als ausreichend. Eine Neuausweisung von Gewerbegebieten ist unnötig, solange hier noch deutliche Kapazitäten vorhanden sind. Handlungsbedarf sehen wir hingegen beim Ausbau und Erhalt der Güterverkehrsstrecken der Bahn in Sachsen-Anhalt.

2. Wie setzt sich Ihre Partei für die Erhaltung einer in Deutschland einzigartigen Landschaft ein (Ausbau A14, Neubau Saale-Kanal)?

Den Ausbau der A14 lehnen wir klar ab. Viel sinnvoller wäre eine Erweiterung der im Land vorhandenen Bundesstraßen sowie der Ortsumgehungen. Grundsätzlich geben wir hier dem Erhalt und der Verbesserung der vorhandenen Strukturen Vorrang vor dem Neubau von Straßen. Anstelle des zweifelhaften Großprojektes halten wir es daher für sinnvoller, Straßen wie die B 189 oder B 71 durch Ortsumgehungen, Kreuzungsfreiheit und Spurausbau verkehrsfitter auszubauen. Ebenfalls muss der Saale-Kanal gestoppt werden. Er würde nicht nur zur Zerstörung eines einzigartigen Naturraumes führen, sondern er ist auch unsinnig, da die entsprechenden Transportkapazitäten gar nicht gegeben sind.

3. Gibt es in Ihrer Partei Vorstellungen oder Pläne für ein einheitliches Verkehrswegekonzept für unsere Bundesländer?

Wir wollen auf Bundesebene aus dem Bundesverkehrswegeplan einen Bundesmobilitätsplan machen. Dieser soll den Schwerpunkt auf den Erhalt der vorhandenen Infrastruktur legen und die Verkehrsträger integriert betrachten, um Doppelausbau zu

vermeiden. So ist die Elbvertiefung nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich unsinnig. Denn im gleichen Korridor gibt es noch reichlich Kapazitäten auf der Schiene, die genutzt werden können. Wir setzen uns auch dafür ein, Bundesstraßen und regionale Schienenstrecken vom Bund mit einem finanziellen Ausgleich auf die Länder zu übertragen, damit die regionale Verkehrspolitik aus einer Hand gestaltet werden kann.

4. Welche Schwerpunkte setzt Ihre Partei in der Umweltpolitik für Sachsen-Anhalt?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen vor allem auf einen Ausbau erneuerbarer Energien in Sachsen-Anhalt. Veralteten und schädlichen Formen der Energieerzeugung sagen wir hingegen den Kampf an. So darf es keine CCS-Speicherung in der Altmark geben. Der Braunkohlentagebau Lützen muss gestoppt und weitere Tagebaue verhindert werden. Zudem fordern wir ein Moratorium für das Endlager Morsleben, bis sämtliche Sicherheitsbedenken endgültig ausgeräumt werden konnten.

Des Weiteren hat die Förderung der ökologischen Landwirtschaft für uns Priorität. Die Grünlandquote muss steigen und der Anbau gentechnisch veränderter Lebensmittel muss verhindert werden. Dazu gehört auch, dass es keine Versuchsfelder für Gentechnik in Sachsen-Anhalt geben darf.

Themenbereich „Migration/Integration“

Eine gelingende Integrationspolitik kann nur stattfinden, wenn es eine konstruktive Zusammenarbeit von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren gibt.

Fragen

1. Wo sieht Ihre Partei Arbeitsschwerpunkte in der aktuellen Integrationspolitik Sachsen-Anhalts?

Für das Thema Integration sind aus unserer Sicht folgende zwei Aspekte von besonderer Wichtigkeit:

1. Das Leben von Flüchtlingen findet in Sachsen-Anhalt an vielen Punkten noch zu isoliert von der Gesellschaft statt, wodurch Integrations- und Entwicklungschancen so kaum gegeben sind.
2. Die Ausbildung von Migrantinnen und Migranten. Hier wollen wir sowohl die Perspektiven für ausländische Studierende verbessern, als auch die von MigrantInnen, die

mit oder ohne Ausbildung nach Sachsen-Anhalt gekommen sind und bisher keine Chance auf angemessene Beschäftigung haben, etwa weil Abschlüsse nicht anerkannt werden.

2. Was halten Sie von einer konstanten Förderung der Beratungsstrukturen im Bereich Migration und Integration? Wären Sie bereit sich dafür einzusetzen?

Ja, wir Grünen sprechen uns für ein flächendeckendes Angebot an Beratungsstrukturen zum Thema Migration und Integration sowohl für die Migrantinnen- und Migranten, aber auch für die aufnehmende Gesellschaft aus. Diese müssen entsprechend konstant und ausreichend gefördert werden, hier braucht es Verlässlichkeit für die Träger. Darüber hinaus ist aus unserer Sicht in diesem Politikfeld die Förderung und Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Engagements wichtig. Dazu gehören insbesondere Initiativen im Kinder- und Jugendbereich und für ältere Menschen. Dafür wollen wir uns im Landtag einsetzen.

3. Welchen Stellenwert messen Sie den landesweit agierenden Netzwerkstrukturen (wie z.B. Bündnis für Zuwanderung und Integration, den Runden Tisch für Ausländerfeindlichkeit und das Landesnetzwerk für Migrantenselbstorganisationen bei?

Zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Landesnetzwerk für Migrantenselbstorganisationen in Sachsen-Anhalt und dem Bündnis für Zuwanderung und Integration in Sachsen-Anhalt oder dem Runden Tisch für Ausländerfeindlichkeit kommt eine zentrale Bedeutung zu.

Starke Migrantenselbstorganisationen sind unersetzlich für eine gelungene Integration. Mit dem Landesnetzwerk für Migrantenselbstorganisationen in Sachsen-Anhalt verfügen Migrantinnen und Migranten über ein wirksames Instrument zur Vernetzung, zur Interessenvertretung, mit dem sie sich für eine Verbesserung von Integration in Sachsen-Anhalt einsetzen können. Die Kompetenzen und Partizipationsmöglichkeiten für MigrantInnen werden so gestärkt.

Das Bündnis für Zuwanderung und Integration kommt als zivilgesellschaftliches Netzwerk verschiedenster Organisationen, etwa von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, MigrantInnenselbstorganisationen, Ausländerintegrationvereinen sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften, ebenfalls von zentraler Bedeutung hinsichtlich der Integrationsförderung sowie der Verwirklichung von Chancengleichheit und besseren Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen in Sachsen-Anhalt.

4. Wie steht Ihre Partei zur Rückführung von Roma in den Kosovo?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich klar gegen jegliche Abschiebung von schutzbedürftigen Personen in Kriegs- und Krisengebiete aus. Auch das Kosovo bildet hiervon keine Ausnahme, da die Sicherheitslage vor Ort noch immer unsicher und für Angehörige ethnischer Minderheiten noch immer risikobehaftet ist. Auch verfügt das Kosovo noch nicht über ausreichende Aufnahme- und Integrationskapazitäten für Roma und andere Minderheiten sowie für Kranke und mittellose Rückkehrer.

Wir haben uns daher mehrfach auf Bundesebene für eine sofortige Aussetzung der Abschiebungen von Minderheitsangehörigen in das Kosovo und für eine humanitär begründete Aufenthaltsgenehmigung für die betroffenen Personengruppen ausgesprochen.

Themenbereich „Demographie“

Der demographische Wandel hinterlässt auch in Sachsen-Anhalt seine Spuren. Der Anteil älterer Menschen zur Gesamtbevölkerung nimmt kontinuierlich zu. Der Wunsch älterer Menschen nach selbst bestimmter und gesellschaftlicher Teilhabe spiegelt sich auch darin wieder, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben zu wollen, ohne den Anschluss an „das Leben draußen“ zu verlieren. Gerade im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts treffen wir mitunter auf prekäre Einwohnerstrukturen.

Fragen

1. Wie wollen Sie einen qualitativ hochwertigen Nahverkehr auch in Zukunft gewährleisten, der die Wünsche älterer Menschen nach einer angepassten Mobilität einschließt?

Um den Bedürfnissen einer immer älter werdenden Bevölkerung Rechnung zu tragen, muss der öffentliche Personenverkehr flexibler gestaltet werden. Der öffentliche Nahverkehr wird daher neu zu überdenken sein: Rufbusse und -Taxis sind ein alternatives Angebot zu unausgelasteten Buslinien. Für die Sicherung der Mobilität, gerade älterer Menschen, sind aber weitere neue Ideen gefragt. Generell muss Infrastrukturentwicklung zukünftig nur noch ressortübergreifend stattfinden. Die Mittel aus dem Europäischen Fonds für ländliche Entwicklung wollen wir auf diese neuen Herausforderungen ausrichten, damit hierfür ein Mindestmaß an finanziellen Ressourcen zur Verfügung steht. Die bauliche und technische Infrastruktur muss kreativ angepasst und gegebenenfalls rückgebaut werden. Jedes Dorf

muss erreichbar sein, aber nicht mit mehrspurigen und für den Schwerlastverkehr geeigneten Straßen aus mehreren Richtungen.

2. Welche Überlegungen haben Sie, um die Mobilität von älteren Menschen gerade auch im ländlichen Bereich zu verbessern?

Die Überalterung und der Bevölkerungsschwund in den ländlichen Räumen Sachsen-Anhalts stellt eine große Herausforderung für das Land dar. Versprechungen, dass es möglich sei, alle staatlichen kommunalen Strukturen unverändert erhalten zu können wir es von *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* nicht geben. Dies zu behaupten wäre gegenüber den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort in höchstem Maße verantwortungslos. Statt auf ein weiter so setzen wir auf konstruktive Veränderungen. Es muss damit begonnen werden, moderne und intelligente Versorgungsstrukturen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Einzelhandel und Verkehr aufzubauen. Mittelfristig werden sich Versorgungsstrukturen in dünn besiedelten Gebieten nur durch gezielte Anreiz- und Steuerungsmaßnahmen sowie unter konsequenter Nutzung aller Medien und Informationstechniken aufrechterhalten lassen. Insgesamt gilt: Vieles muss neu gedacht werden. Je weniger Einwohner in einem Gebiet wohnen, desto mehr müssen die unterschiedlichen kommunalen Angebote gebündelt und zunehmend generationsübergreifend angeboten werden.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wollen, dass die Fördermittel vorrangig in den Grundzentren eingesetzt werden. Die Bündelung von Infrastrukturen in Grundzentren des Zentrale-Orte-Systems wird als der beste Ansatz zur Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum gesehen. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist für jeden Versorgungsbereich zwischen Ausbau, Anpassung und Rückbau zu entscheiden, d.h. für eine zukunftsfähige Innenentwicklung sind alle wesentlichen Strukturen und Funktionen in den Dörfern zu betrachten.

3. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um durch wohnortnahe auch älteren Menschen eine funktionierende soziale und versorgerische Infrastruktur zu ermöglichen?

Die Gesundheitsfürsorge, darunter vor allem die ambulante Seniorenbetreuung, wollen wir stärker dezentral organisieren. Die Bündelung von Infrastrukturen in Grundzentren sehen wir dabei als den besten Ansatz zur Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum an. Aus diesem Grund wollen wir die bestehenden Fördermittel vor allem in diesem Bereich konzentrieren. Für sinnvoll sehen wir auch Versorgungsmodelle an, in denen z.B. Krankenschwestern medizinische Routineaufgaben übernehmen und den Kontakt zu

mobilitätsbehinderten und chronisch kranken Patientinnen und Patienten halten. Für jeden Versorgungsbereich muss eine Entscheidung zwischen Ausbau, Anpassung und Rückbau getroffen werden, d.h. für eine zukunftsfähige Entwicklung sind alle wesentlichen Strukturen und Funktionen in den Dörfern zu betrachten.

Themenbereich „Demokratie“

Die Diskussion in Deutschland um Großprojekte wie Stuttgart 21 oder Atomausstieg zeigen, dass die bestehende repräsentative Demokratie für viele Bürgerinnen und Bürger an Akzeptanz verliert. Fragen nach deren intensiveren Beteiligung bekommen in politischen Debatten einen höheren Stellenwert.

Fragen

1. Wie stehen Sie zu möglichen Absenkungen bei Quoren bei Volksbegehren und Volksentscheiden?

Wir Grünen sind für den Abbau gesetzlicher Hürden bei Volksbegehren- und entscheiden. Volksbegehren, bei denen dem Landtag ein konkreter Beschlussvorschlag vorgelegt wird, sollen statt bisher elf, zukünftig von fünf Prozent der Wahlberechtigten initiiert werden können. Weiterhin wollen wir das 25-Prozent-Zustimmungsquorum bei Volksbegehren sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landesebene ersatzlos gestrichen werden.

2. Wäre aus Ihrer Sicht die Absenkung der Fünfprozenthürde ein Weg, um Minderheitenmeinungen mehr Gehör zu verschaffen?

Prozent-Hürden in Landes- und Bundestagswahlen sind ein Mittel für politische Stabilität, dass sich bewährt hat. Eine generelle Abschaffung der Prozenzhürde lehnen wir Grünen daher ab. Doch ob diese Hürde nun genau fünf oder vielleicht auch drei Prozent ausmachen kann, wäre sicherlich etwas, worüber man sich in einem politischen Diskurs unterhalten könnte. Solch einem Diskurs würden sich auch *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* nicht verschließen.

3. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Elemente direkter Demokratie in der Landesverfassung Sachsen-Anhalts verankert werden? Welche Möglichkeiten sehen Sie konkret?

Wir Grünen wollen es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, verstärkt auch zwischen den Wahlen über politische Fragen mitentscheiden und abstimmen zu können. Dafür wollen wir unnötige bürokratische und rechtliche Hürden abbauen. Direktdemokratische Instrumente wollen wir fördern und bürgerfreundlicher gestalten um so eine lebendigere, demokratische Praxis zu schaffen, die die Partizipations- und Einflussnamemöglichkeiten der Wählerinnen und Wähler bei politische Entscheidungsprozessen stärken. Bürgerinitiativen sollen wieder das Recht erhalten, den kommunalen Parlamenten Vorschläge zu unterbreiten und über deren Behandlung unterrichtet werden.

Bei Vorhaben in den Landkreisen und Kommunen sollen betroffene Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, angehört zu werden. Solch ein Anhörungsrecht soll bei der Gesetzgebung im Landtag auch den Kommunen eingeräumt werden, wenn kommunale Belange berührt werden.